

Sehr geehrte Anwesende, mein Name ist Rüdiger Prehn und ich bin Stadtvertreter für die Fraktion Die LINKE. in der Stadtvertretung Waren (Müritz).

Der 9. November ist in der jüngeren deutschen Geschichte ein Schicksalstag, mit zum Teil auch internationalen Auswirkungen. In meinem kurzen Rückblick beschränke ich mich auf das 20. Jahrhundert.

Der 09.11.1918

Nach über 4 Jahren unmenschlicher Belastungen durch den ersten Weltkrieg kam es ausgehend von dem Kieler Matrosenaufstand zur Novemberrevolution. Nahezu gleichzeitig wurde durch Scheidemann die Deutsche Republik ausgerufen, Karl Liebknecht rief die Freie Sozialistische Republik Deutschland aus, der Kaiser dankte ab und floh in die Niederlande. In teils bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen wurden die Anhänger der Räterepublik geschlagen und deren Anführer Liebknecht und Luxemburg am 15. Januar 1919 von Freikorpslern ermordet.

Der 09.11.1923

Der bis dahin international unbedeutende und in der Öffentlichkeit kaum bekannte Parteichef der NSDAP Hitler unternahm einen auch als „Marsch auf die Feldherrnhalle“ bezeichneten Putschversuch gegen die demokratische Republik. Der Putschversuch wurde zerschlagen, die NSDAP verboten, Hitler zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt, von denen er nur 9 Monate absitzen musste. Das Gericht lehnte es ausdrücklich ab, Hitler als verurteilten Ausländer nach Verbüßung der Haft auszuweisen, wie es §9 des Republikenschutzgesetzes vorsah. Nur 10 Jahre später ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler. Am 1. Februar löste Hitler den Reichstag auf und erließ Verordnungen, mit denen die Grundrechte bis faktisch zum Ende des 2. Weltkrieges außer Kraft gesetzt wurden.

Heute bietet ein Herr Höcke der CDU Thüringen die Unterstützung einer Minderheitsregierung an. Ich hoffe sehr, dass sich in Thüringen und überall in der BRD kein Hindenburg findet, der ihn oder einen seiner Gesinnungsgenossen zum Reichskanzler ernennt.

Mit dem Machtantritt Hitlers begann das, was einer der Bundesvorsitzenden des AFD, Herr Gauland, als „nur ein Vogelschiss in 1000 Jahren deutscher Geschichte“ bezeichnete. In diesem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte fand am 9.11.1938 die antijüdische Reichsprogromnacht, die bis in die Gegenwart beschönigend als „Reichkristallnacht“ bezeichnet wird, statt. Sie war der Startpunkt der heute als Holocaust bezeichneten systematischen und industriemäßig betriebenen Vernichtung des jüdischen Volkes und weiterer aus rassistischen Motiven ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen.

Hier in Waren (Müritz) wird den Opfern mit Stolpersteinen und Denksteinen gedacht. Zurzeit findet gerade eine thematische Stadtführung zu den Stolpersteinen statt, die gegen 10 Uhr diesen Platz in Richtung Mozartstraße passieren wird und am Gedenkstein am Platz der ehemaligen Synagoge vorbei zum Markt führen wird. Neben jüdischen Menschen wie der Familie Leopold und der Familie Löwenberg (sie wohnten am Neuen Markt) wurden auch Menschen wegen ihrer Homosexualität deportiert und vernichtet. Ich nenne hier Alfred Kästel und Edmund Ringert. Da lässt mich eine Auslassung des Herrn Höcke erschauern:

"Ein Beispiel: Homosexualität. Ist zweifellos zu tolerieren. Lateinisch: tolerare – ertragen! Selbstverständlich, was denn sonst. Aber: Homosexualität ist auf der Grundlage unserer Rechtsnorm nicht zu akzeptieren! Akzeptieren ist eine befürwortende, eine positive Zuschreibung!" (15.05.2018, bei der Vorstellung des 38-seitiges Positionspapier seiner Fraktion zur deutschen Leitkultur)

Ich erinnere hier an den Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Und an den Artikel 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Wir müssen bereit sein, unser Grundgesetz als die Grundlage des demokratischen Zusammenlebens in der BRD zu verteidigen.

In diesen Tagen begehen wir den 30. Jahrestag des Mauerfalls. Dieser war nicht das Verdienst damals 17jähriger, die in den Altbundesländern staunend und wohlbehütet in warmen Stuben vor dem Fernseher saßen oder eines älteren Herrn, der in Hessen als Staatssekretär Chef der Hessischen Staatskanzlei war. Der Mauerfall war in erster Linie dem Mut und vieler gewaltfreier Initiativen, Proteste und Demonstrationen Hunderttausender DDR Bürger zu verdanken, die mit der friedlichen Revolution den Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie vollzogen, die dann Ausgangspunkt der Vereinigung der BRD und der DDR waren.

Nun kommen überwiegend Herren mit gestriger Weltanschauung aus den alten Bundesländern und wollen „die Wende vollenden“. Dazu benötigen wir sie nicht und deshalb brauchen wir die AFD nicht, heute nicht hier und nirgends.

Zeitweilig war der 9.11. als Nationalfeiertag des vereinigten Deutschlands im Gespräch. Der 3. Oktober wurde zum Tag der deutschen Einheit auch aus Rücksicht auf das Gedenken an den 9.November 1938 bestimmt.

Ich lade Sie ein, in einer Gedenkminute den Abermillionen Opfern des Holocaust zu gedenken.